

Kritik zur geplanten Bezahlkarte für Geflüchtete

Ende letzten Jahres beschlossen Bund und Länder die Einführung einer Bezahlkarte für geflüchtete Menschen. Nun wird in NRW und Bonn über die konkrete Umsetzung dieser Bezahlkarte diskutiert, noch herrscht keine Einigkeit.

Eine Bezahlkarte ist eine Guthabekarte ohne Kontobindung. Kritik an der Bezahlkarte ist, dass sie Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausschließt, in das Selbstbestimmungsrecht Betroffener eingreift und zu weiterer Diskriminierung führt. So ist z.B. zu befürchten, dass

- die Bezahlung nur noch in bestimmten Geschäften möglich sein wird. Da Bargeldauszahlungen begrenzt werden sollen, sind z.B. Käufe auf Flohmärkten, auf Nachbarschaftsfesten oder in der Schulcafeteria nicht immer möglich.
- Überweisungen und Lastschriften ausgeschlossen werden, wie sie bei der Mitgliedschaft in Sportvereinen, beim Kauf des Deutschlandtickets oder eines Handyvertrags nötig sind.
- die stigmatisierende Debatte über sogenannte „Pull-Faktoren“, die längst wissenschaftlich widerlegt sind, das Klima für geflüchtete Menschen weiter verschärft
- die Identifizierung geflüchteter Menschen als solche an der Supermarktkasse das Risiko für Angriffe und Gewalt weiter erhöht.

Als Argument für die Bezahlkarte wird häufig die Sorge vor Überweisungen ins Heimatland angegeben. Fakt ist, wenn Menschen in einer Erstaufnahmeeinrichtung wohnen, erhalten sie momentan einen monatlichen Barbetrag von maximal 204 € pro erwachsene alleinstehende Person. Wir finden: wenn es den Menschen durch äußerste Sparsamkeit gelingt, 20-30 € davon zur Seite zu legen, um damit ihre Familien in z.B. Afghanistan, im Iran oder in Eritrea zu unterstützen, ist fraglich, was daran verwerflich sein soll und worin der Sozialhilfemissbrauch liegt.

Noch ist sich die Bonner Stadtpolitik nicht einig und sowohl Stadt und Land haben einige Spielräume in der Ausgestaltung. Wenn auch Sie Kritik an der Einführung der Bezahlkarte und der damit einhergehenden Diskriminierung Geflüchteter in Bonn haben, **wenden Sie sich mit einer Mail oder Brief an die Ihnen bekannten Stadt- und Landespolitiker*innen.**